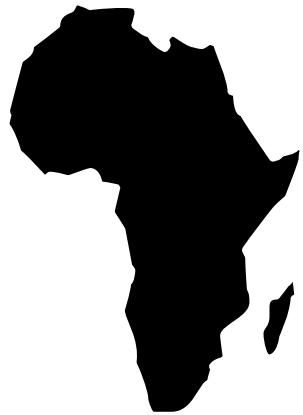


afrika-bulletin

Feb./März 2019
Fr. 5.-/Euro 5.-



Demokratische Republik Kongo – eine Annäherung



Editorial

2



Ruedi Suter ist Journalist, Autor und Editor von www.serengeti.ch. Er wuchs im Kongo auf und macht beim Afrika-Komitee mit. Kontakt: ruedi.suter@mediaspaces.ch.

«Der Kongo». Was für eine Anmassung, über dieses riesige Land zu berichten, ohne eine ganze Bibliothek zu füllen! Wir wagen es trotzdem – im Wissen, mit unserem begrenzten Blick nur gerade zwei, drei Regentropfen zu beschreiben, die in einem Tropengewitter auf Kinshasa niederprasseln. Mit unserem Schwerpunktthema vermitteln wir eine Ahnung – mehr liegt nicht drin.

Jedenfalls ist der Kongo nicht einfach das finstere Herz Afrikas, ein von den Europäern aufgezwungenes Staatsgebilde mit über 200 Völkern. Faktisch unregierbar, zerrissen von Bürgerkriegen mit Millionen von Toten und einer Bevölkerung von 80 Millionen Menschen, die – mit Ausnahme einer kleinen Elite – über ein facettenreiches Gebiet verteilt leben. Die bittere Armut versuchen die Menschen mit einer der weltweit höchsten Geburtenraten zu kompensieren.

Auch ist die so genannte «Demokratische Republik Kongo» (DRC) nicht nur einfach ein Land, dessen Ureinwohner, Wildtiere und Wildnisse durch Vertreibungen, Wilderei und Abholzungen vom Verschwinden bedroht sind, oder das uns mit Kannibalismus (!), okkulten Riten, Vergewaltigungen und Krankheiten wie Aids und Ebola schreckt. Der Kongo ist ein Universum, seine Regionen und Völker ähnlich vielfältig wie jene des gleich grossen Westeuropas. Wer ihm Respekt zollt, muss weit über Afrikas Grenzen hinaussehen.

Warum? Weil uns die extrem leidvolle Geschichte des Kongos bis heute die Brutalität, Habgier und Dominanz der Wirtschaftseliten vorab aus Europa und den USA spiegelt. Der Kongo ist eines der wichtigsten «Rohstofflager» der Weltwirtschaft. König Leopold II und die Belgier plünderten es und ebenso schamlos wird es seit der Unabhängigkeit von 1960 von globalen Rohstoffkorporationen ausgebeutet, mit Beihilfe der gekauften kongolesischen Eliten. Deren fortwährende Bestechung bleibt die eigentliche Kompensation.

Und wir Konsumierenden in den Industrienationen profitieren mit, derweil die Menschen im Kongo weitgehend leer ausgehen. Dabei könnten alle in Wohlstand leben. Eine himmelschreiende Tragödie, gegen die die Weltgemeinschaft nichts Ernsthaftes unternimmt!

Umso bewundernswerter, wie die Kongolesinnen und Kongolesen Überlebenstechniken entwickelten – und wie viele trotz Angst, Armut und Korruption ehrlich und mit Einfallsreichtum, Humor und Kreativität ihren Alltag bestreiten. Von diesem vorbildlichen Kongo berichtet unser Artikel über den mutigen Frauenarzt und Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege. Ein weiterer Bericht beschreibt jene Stadtbewohnerinnen und -bewohner, die trotz aller Schwierigkeiten ihr Leben mit Anstand zu bestreiten versuchen.

Ein Abriss über die Geschichte von Kongo-Kinshasa sowie eine Analyse der politischen Macht nach der seltsamen «Wahl» von Kabila-Nachfolger Felix Tshisekedi zum neuen Präsidenten runden unseren winzigen Einblick in die Seele des allgegenwärtigen Kongos ab. Vergessen scheint dagegen ein Land am Horn Afrikas – Somalia. Wir holen die friedliche Republik mit einem weiteren Hintergrundsbericht ins Bewusstsein der Lesenden. Gute Lektüre!

Ruedi Suter

Impressum

Ausgabe 173 | Februar/März 2019

ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 44. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch

Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat

Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz

Telefon: (+41) 61-692 51 88 | **Fax:** (+41) 61-269 80 50

E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch

E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH26090000004001 77543

Für Überweisungen aus dem Ausland:

in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7

in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 86679

(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Gertrud Baud, Eric Breitlinger, Pius Frey, Elisa Fuchs, Susy Greuter (Red.), Silke Oldenburg, Boniface Mabanza, Barbara Müller (Red.), Stephanie Perazzone, Hans-Ulrich Stauffer (Red.), Ruedi Suter, Pius Vögeli.

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage

Jahresabonnement: Fr. 40.–/Euro 40.–

Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 50.–

Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 50.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 174: 31. März 2019

Schwerpunktthema: Theater

Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Entwicklung von Unten, Binnenmigration. Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Sapeur in Kinshasa. Diese soziale Bewegung entstand Mitte der 1970er Jahre als Protest gegen Diktator Mobutu (Bild: Justin Makangara, wikipedia, 2015).

Der Kongo

Ein historischer Überblick

Der grösste Staat Afrikas südlich der Sahara hat eine leidvolle Geschichte hinter sich. Susy Greuter hat eine Chronologie zusammengestellt.

14.–17. Jahrhundert: afrikanisches Königreich

Es gab Zeiten, in denen das Königreich Kongo, das sich über ein Gebiet von 300 000 km² südlich des Kongoflusses erstreckte, ein wichtiger Partner der Portugiesen war, die den König Mani Kongo 1489 erstmals in diplomatischer Mission trafen und anerkannten. Doch die gegen Ende des 16. Jahrhunderts immer systematischer werdende Sklavenjagd der Portugiesen zerstörte nicht nur das Einvernehmen, sondern auch die Strukturen des Kongoreiches. 1665 von einem portugiesischen Heer besiegt, zerfiel das inzwischen stark entvölkerte Reich immer mehr.

1870–1908: Kongofreistaat

König Leopold II von Belgien annektierte das Gebiet und liess es ab 1876 durch Henri Morton Stanley durchstreifen. Dieser schloss «Kaufverträge» mit weiteren früheren Bantu-Königreichen ab, sodass Leopold II 1879 die Grenzen um den annexierten Kongo bereits da ziehen konnte, wo sie heute noch liegen: Ein Reich von der Grösse und Diversität Europas! Als das belgische Parlament zögerte, erklärte Leopold II den Happen kurzerhand zu seinem Privateigentum.

Ziel der Gier waren Arbeitskräfte und Rohstoffe: Kautschuk und Kupfer waren die ersten Produkte, die von Leopolds Force Public eingetrieben wurden – und dies ungehindert von jeder staatlichen Aufsicht mit grausamsten Mitteln. Die Verelendung der Bevölkerung nahm ein solches Ausmass an, dass die übrigen europäischen Mächte 1908 den belgischen Staat zwangen, die Verwaltung zu übernehmen.

1908–1960: belgische Kolonie

Prinzip dieser Verwaltung bildete nun die «trinité coloniale» von Staat, Mission und privaten Unternehmern. Immerhin wurden Strassen und Bahnlinien gebaut. Die sich immer zahlreicher ansiedelnden Belgier bauten die Minen aus, dazu Fabriken und später Arbeiterquartiere, während Bildungs- und Gesundheitswesen nur zögerlich gefördert und vor allem der Mission überlassen wurden. Die Rohstoff-Extraktion brachte den Investoren reiche Profite. Mit der Lieferung von Uran für die ersten Atombomben wurden amerikanische und weitere internationale Interessen verstärkt.

1960–1961: Entlassung in die Unabhängigkeit

Nachdem ein Kongress aller seit 1958 zugelassenen autochthonen Parteien die Souveränität des Kongo gefordert hatte, entliess Belgien den Kongo 1960 überstürzt in die Unabhängigkeit. Die beiden bedeutendsten Parteien bildeten eine Regierung, hatten jedoch sehr unterschiedliche Vorstellungen von der zu verfolgenden Politik. Patrice Lumumba, Premier und Anführer der stärksten Partei, wurde vor allem von den USA als Kommunist verdächtigt. Als dieser bei der Sowjetunion Hilfe gegen die von Belgien geförderte Sezession von Katanga suchte, erwirkten Belgien und die USA seine Absetzung. Nachdem das Parlament diese nicht akzeptiert

te, wurde Lumumba unter Federführung des CIA gefangen genommen und ermordet: Erstmals manifestierte sich der Kalte Krieg in Afrika.

1962–1964: Bürgerkrieg

Die Anhänger Lumumbas zogen sich nach Kisangani zurück, beherrschten aber mit russischer Hilfe das ganze östliche Gebiet, während die Sezession von Katanga bis 1963 Bestand hatte. Erst 1964, nach drei Jahren Bürgerkrieg, endete der Machtkampf durch den Einsatz von UNO-Truppen zugunsten einer westlich orientierten Regierung unter Joseph Kasavubu. Dessen Vorhaben, eine Gesamtregierung zu bilden, wurde durch den Militärputsch von Mobutu Sese Sekou (seit 1960 Stabschef der Armee) ein Ende gesetzt.

1964–1997: Ära Mobutu

Die 32 Jahre dauernde Diktatur Mobutus war desaströs für das Land. Der Regierungsaufgabe das Territorium zu entwickeln kam die später als reine Kleptokratie bezeichnete, brutale Herrschaft in keiner Weise nach. Die bis 1960 erstellte Infrastruktur von befahrbaren Strassen war zu Ende der Ära zu drei Vierteln verrottet. Bildung und Gesundheitswesen waren abseits der Städte unbekannt und hatten lediglich unter den Missionen noch Qualität. Doch Mobutu, der mit den multinationalen Rohstoffhändlern bestens kooperierte, war international anerkannt und wurde von allen Seiten hofiert. Nach Ende des Kalten Krieges 1990 hingegen wurde er zum Reputationsschaden für den Westen und die Unterstützung blieb aus.

1995–97: Kabila stürzt Mobutu

Nach dem Genozid im Nachbarstaat verfolgte die neue rwandische Armee das in den Kongo geflüchtete Hutu-Militär, zeigte aber gleichzeitig Interesse an einer rwandischen Landnahme im Osten des Kongo. Uganda teilte dieses Interesse. Eine Koalitionsarmee unter Ein schluss oppositioneller Kongolesen entstand. Geführt von Alt-Lumumbist Laurent-Desiré Kabila stiess diese bis nach Kinshasa vor und stürzte Mobutu 1997.

1998–2019: Vater und Sohn Kabila

Bald schon wollte Kabila sich der Einflussnahme der beiden östlichen Nachbarn entledigen und entliess deren Schlüsselfiguren aus seiner Regierung. Sowohl Rwanda als auch Uganda gründeten daraufhin je eine neue Rebellenarmee. Kabila fand seinerseits Alliierte in Angola, Zimbabwe und Namibia, welche die kongolesische Armee mit eigenen Bataillonen unterstützten. In jeder Provinz entstanden Fronten, die in alle Richtungen wogten. Erst 2003 nach Friedensverhandlungen unter Aufsicht der UNO zogen sich die Armeen zurück. Dieser Weltkrieg-ähnliche Waffengang forderte geschätzte 5,4 Millionen Tote und verwüstete die Infrastruktur vollends. Kabila senior wurde 2001 ermordet und mittels eines diplomatischen Coups durch seinen Sohn Joseph Kabila ersetzt. In den Wahlen von 2006 setzte sich dieser als Präsident durch und blieb bis zu den jüngsten Wahlen im Amt. Auch ihm wurde Selbstbereicherung durch Korruption zugunsten von Rohstoffkonzernen nachgewiesen. Glencore liess sich seine günstigen Konditionen etwas kosten.

Recyclage des élites

Politische Macht, gesellschaftliche Teilhabe und Wandel im Ko

Silke Oldenburg zeigt in ihrem Artikel erhellend den Mechanismus auf, der seit Mobutus Zeiten die Patronage-Netzwerke festigt und jeden Wechsel überdauern lässt. Selbst wenn ein «Grosser» in Ungnade fällt, hindert ihn seine Beteiligung und die Hoffnung auf die zyklische Wiederverwendung einmal arrivierter Günstlinge («le recyclage des élites») daran, diese Netzwerke zu verraten. Diese werden dadurch unumgehbar und zum Zielbereich auch für die Jugend, die sonst kaum Zukunft hat – obwohl sie sich einen Wechsel wünscht.

Am 10.Januar 2019 veröffentlichte die Nationale unabhängige Wahlkommission CENI in der Demokratischen Republik Kongo die vorläufigen Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 30.Dezember 2018. Es kam nicht, wie von vielen befürchtet, zur Einsetzung von Joseph Kabila's designiertem Kandidaten Emmanuel Shadary, noch lautet der Name des Siegers Martin Fayulu, den die katholische Kirche in ihren Prognosen vorne gesehen hatte: Stattdessen steht überraschend Felix Tshisekedi im Scheinwerferlicht.

Schon vor Bekanntgabe der ersten Wahlergebnisse kursierten in den sozialen Medien humoristische Clips. Auf einem der bekanntesten sieht man verschiedene Komiker politische Persönlichkeiten des Kongos karikieren. Eine Person, die den ehemaligen Diktator Mobutu verkörpert, gratuliert Kabila zu seinen Charaden, bezieht sich auf seine eigene Amtszeit und schliesst dozierend ab mit den Worten: «Le pouvoir ne se donne pas, ça s'arrache» (die Macht wird nicht gegeben, man reisst sie an sich).

Politische Kultur im Kongo

Der Witz dieses Clips und seine weite Verbreitung drückt Fragen von Macht, politischer Kultur und gesellschaftlicher Zugehörigkeit in einem aus. Die Komiker zeichnen das Bild eines Landes, das seit seiner Unabhängigkeit von Belgien im Jahre 1960 autoritär regiert wurde, und in dem Macht nicht durch freie Wahlen, sondern durch interne Absprachen einer politischen Elite weitergereicht wurde, während die grosse Bevölkerungsmehrheit von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen blieb.

4

Während die Eliten die Macht unter sich aufteilen, bleibt diesen Kindern in Ndoshö (Goma) nur das Recycling von Plastik (Bild: Silke Oldenburg 2017).



Es ist kein Wunder, dass in diesem Clip Mobutu der Protagonist ist, denn er drückte diesem zentralafrikanischen Land 32 Jahre seinen autokratischen Stempel auf. Mobutu wird auch als Marionettenspieler veranschaulicht, der politische Loyalitäten durch Gefälligkeiten erkaufte oder durch Gewalt einforderte. «Teile und Herrsche» – das elegante Ausspielen seiner politischen Gegner wurde zu Mobutus Markenzeichen. Dieses geschickte Taktieren und Vernetzen stützte Mobutus System nicht nur von aussen, sondern auch von innen. Mobutus auf Abhängigkeiten beruhende Politik ermöglichte von ihm begünstigten Menschen einen rasanten Aufstieg, dem ein tiefer Fall folgen konnte, wenn ihnen Mobutu seine Gunst entzog.

Diese Willkür führte zu der nachhaltigen Praxis, sich möglichst direkt, effektiv und ausgiebig am System zu bereichern. Es hiess, die Gunst der Stunde zu nutzen, bevor man diese wieder verlor. Ungewissheit und dynamische Lebensbedingungen setzten eine Wirtschaftsweise in Gang, die auf schnellem Zugreifen basiert und für die von Thomas Callaghy der Begriff der «economy of grabbing» vorgeschlagen wurde. Dieses Zugreifen oder Grapschen spielt sich in allen gesellschaftlichen Bereichen ab. Während die Eliten besonders beherzt zugriffen und einen privilegierten Zugang zu Ressourcen genossen, machte es die vernachlässigte Verwaltung für die «normalen Bürger» notwendig, sich in einem kleineren Rahmen Ressourcen anzueignen und sich durchzuwursteln, was mit der sprichwörtlichen «débrouillardise» bezeichnet wird.

Generationelle Ordnung und Aufstiegschancen

In Abkehr zu eurozentrisch implementierten Idealen der Kolonialzeit schuf Mobutu die «Rückkehr des Authentischen». Kongo wurde zu Zaire, christliche Vornamen wurden zu «afrikanischen», das Abacost («à bas le costume») wurde als traditionelles Kleidungsstück eingeführt, und Begriffe wie Verwandtschaft, Familie, Macht und Autorität wurden zu Mobutus Legitimierung manipuliert. Er erfand sich somit als «Vater der Nation» und konnte seine Macht unter Rückbezug auf die eigenen Vorfahren legitimieren, in dem er sich präkolonialer Paraphernalia bediente wie z.B. des berühmten Leopardenfells oder etwa seines üppigen Throns. Dieses symbolisch-ideologische Dekor war Mobutus geschickter Schachzug, um sich zum nationalen Übervater zu stilisieren und eine fiktive genealogische Konstellation zu etablieren, in der jeder seinen Platz fand. Dass dies von der Bevölkerung so gut aufgenommen wurde, lässt sich durch die Ideologie der «Lineage» (Abstammung) nachvollziehen, die die ungleiche Verteilung von Autorität und Reichtum erklärt. Sie suggeriert Jugendlichen, die am unteren Ende der sozialen Hierarchie stehen,

dass ihr Tag noch kommen werde, an dem sie Zugang zu politischer Autorität und Wohlstand erlangen würden. Das traditionelle System der Lineages schaffte für die Jugendlichen psychologische Anreize, sich ins System zu integrieren.

Doch: Der selbstverständlich erscheinende Generationswechsel setzte im Kongo nicht ein, im Gegenteil erfolgte eine Perpetuierung struktureller Ungleichheiten durch eine «recyclage des élites». Dieser zyklische Rückgriff auf die stets gleichen Eliten schloss die Bevölkerungsmehrheit von politischer Macht, gesellschaftlicher Teilhabe und Wohlstand aus. Patronagenetzwerke bedeuteten eine sichere soziale Mobilität für wenige «Dazugehörende» und Stagnation für den grossen Rest. Diese Politik schürte Proteste von Heerscharen junger Menschen, die nicht von ihr profitierten.

Ein wenig Hoffnung keimte für die Jugend auf, als nur zehn Tage nach Laurent-Désiré Kabillas Ermordung im Januar 2001 dessen Sohn Joseph die Nachfolge antrat. Joseph Kabila war erst 29 Jahre alt, unverheiratet, und auf der politischen Bühne ein unbeschriebenes Blatt. Sein Amtsantritt jedoch reihte sich ein in die klientelistische Politik und illustriert die Recyclage des élites par excellence. 2006, im Jahr der ersten demokratischen Wahlen im Kongo, traten neben Joseph Kabila drei weitere prominente Söhne zur Wahl an: die Söhne von Diktator Mobutu, vom Unabhängigkeitshelden und erstem Premierminister Lumumba und von Kongos erstem Präsidenten Kasavubu.

Recyclage des élites und gesellschaftliche Teilhabe

Jedoch nicht nur im politischen Feld, auch in anderen sozialen, wirtschaftlichen oder militärischen Bereichen lässt sich eine Rotation beobachten. In Goma, der Provinzhauptstadt des Nord-Kivu, hörte ich zum ersten Mal den Begriff der Recyclage. Er bezog sich auf einen Colonel der Rebellengruppe Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP), der zuvor in den bewaffneten Gruppen des Rassemblement Congolais pour la Démocratie (RCD) und davor in der Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo (AFDL) aktiv war.

Als ich 2009 für meinen zweiten Forschungsaufenthalt nach Goma zurückkehrte und verschiedene Personen fragte, ob Laurent Nkunda, der in Ruanda unter Hausarrest gestellte Führer der CNDP, wieder nach Goma zurückkehren könnte, hieß es einstimmig: «Nein – noch keiner hat es im Kongo zweimal geschafft. Aber vielleicht kommt ja sein Sohn.»

Goma zeichnet sich insbesondere durch raschen sozialen Wandel und anhaltende Ungewissheit aus. Trotz oder gerade wegen der langjährigen bewaffneten Konflikte hat sich die Zahl potentieller Patrons in Goma vervielfacht. Bewaffnete Akteure, Geschäftsmänner, Politiker oder Mitarbeiter internationaler Organisationen stellen für junge Menschen eine Projektionsfläche für ihr Streben nach sozialem Aufstieg dar. Die Ausschau nach Gelegenheiten und dem Wissen, dass diese schnell wieder verschwinden können, erfordert von Jugendlichen einen wachen Geist, um Chancen zu ergreifen, wenn sie sich bieten.

Doch reproduziert dieses Zugreifen und der Wunsch, sich in bestehende klientelistische Netzwerke zu integrieren, das vorhandene politische System. So kann es zu einer Aneignung dessen kommen, was dem gewünschten Wandel im Wege steht. Letztlich bleibt nur die Klage von jungen Menschen, dass die Alten ihnen den Weg die soziale Leiter hinauf versperren. Der Wunsch nach Demokratie und Mitsprache sowie lautstarker Protest von jungen Menschen hingegen werden in einem repressiven System wie dem Kongo unterdrückt.

Dementsprechend sind kreative Fähigkeiten gefragt, um sich verheissungsvolle Gelegenheiten zu eröffnen oder durch sie zu profitieren. Wer über keine Netzwerke verfügt, kann versuchen, potenzielle Patrons durch verbale Fähigkeiten von sich zu überzeugen. Die soziale Praxis des «faire semblant» (so-tun-al-s-ob) ist ein vielversprechender Versuch, sich verbal in einem sozialen Netzwerk zu positionieren. Einmal pries sich mir ein junger Mann an, indem er mir seine Nähe zu dem Gouverneur Nord-Kivus lebhaft zu vermittelten suchte. Durch zahlreiche Details («Der Gouverneur trinkt Whisky») versuchte er, seine Glaubhaftigkeit zu unterstreichen und sich durch sein Wissen, seine sozialen Kontakte und seinen Geschäftssinn bei mir interessant zu machen.

Recyclage des élites und verspielter Wandel

Politische Macht und Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen wird im Kongo zwischen Eliten ausgehandelt und neuverteilt. In diesem Sinne erstaunt das jüngste Wahlergebnis im Kongo nicht. Felix Tshisekedis Vater Etienne war mit der Geschichte des Kongo seit seiner Unabhängigkeit verbunden. Als einer der ersten Intellektuellen im Land war er zunächst in Mobutus Partei politisch aktiv und mehrfach (kurzfristig wieder abgesetzter) Premierminister, später aber Gegner Mobutus und stärkste Oppositionskraft unter den Kabillas, die ihn ausschlossen. Der vermutete Deal zwischen Joseph Kabila und Felix Tshisekedi, zwei Söhnen berühmter Persönlichkeiten, bestärkt das Narrativ der Recyclage des élites, welches «neue» politische Akteure zugunsten der eigenen Machtsicherung und Ressourcenvermehrung sabotiert.

Die politischen Dynamiken und klientelistische Netzwerke tragen, zusammen mit einem repressiven militärischen Apparat, dazu bei, das etablierte politische System zu erhalten. Protest, vor allem durch die mehrheitlich jugendliche Bevölkerung, regt sich. So äussern viele Beobachter, dass erst der öffentliche Druck es für Kabila unmöglich machte, den von ihm designierten Kandidaten Shadary ins Amt zu hieven. Doch gleichzeitig bliebe durch die von Tshisekedi betonte Koalition zwischen Kabila und ihm alles beim Alten. Das Narrativ der Recyclage des élites hat im Kongo nichts an Aktualität verloren. ■

Der kongolesische Staat im Alltag

Wirkungsvolle Imagination eines Kollektivs

Mit anthropologischem Blick findet Stéphanie Perazzone in der vom Staat allein gelassenen Bevölkerung ein Bündnis zwischen kleinen Beamten und den Bewohnern ihres kleinen Machtbereiches. Getragen vom Bedürfnis nach einem übergeordneten Ganzen, einem Staat, finden auf «Strassenebene» vielfältige Verwaltungshandlungen statt.

Die Beutelogik und die Korrumperung, die in den postkolonialen Staaten Afrikas am Werk sind – so lehren uns die auf Afrika spezialisierten Politologen und Anthropologen – sind nicht einfach die Folge eines abwesenden Staates, sondern eingespielte Praktiken und Verwaltungsmechanismen, denen die afrikanischen Regierungen anheimfallen.

In ihren Arbeiten zur Verfügbarkeit von öffentlichen Diensten in einem «gescheiterten Staat» beschreiben Théodore Tréfon und seine kongolesischen Mitarbeiter eine meist städtische Welt, durchzogen von Fallstricken für jene, die grundlegende Dienste einfordern möchten. Diese – erinnert uns der Autor – sind schon seit den 1980er Jahren in Krise, als Mobutus Regime und Verwaltung unter dem Druck der Strukturanpassungsprogramme von IMF und Weltbank zerfielen und die äusseren Machtressourcen zerrannen, die dem damaligen «Zaire» über das Spiel der Mächte im Kalten Krieg zgeflossen waren.

Das Paradox der «Strassenebene»

Konkret heisst das für die Bewohnerinnen und Bewohner der kongolesischen Städte, seien sie normale Bürger oder kleine Beamte, dass sie sich mit Palavern und anderen Verhandlungstaktiken behelfen müssen, um sich Zugang zu Dienstleistungen zu verschaffen. Wohlverstanden behalten die Dynamiken des Umgangs und der Transaktionen die asymmetrischen Machtbezüge zwischen Staatsbeamten und Bewohnern. Erstere stützen sich auf ein autoritäres politisches System, leiden dennoch unter der Verachtung durch ihre Vorgesetzten, Lohnrückständen und schlechten Arbeitsbedingungen. Letztere leben in schlecht beleuchteten und erschlossenen Quartieren, ohne Trinkwasser und lebenswerte Behausungen und mit spärlichen Schul- und Gesundheitseinrichtungen.

Was einmal war ...

Nehmen wir eines der relativ marginalen Quartiere von Kinshasa, Goma oder Lubumbashi als Beispiel, wo ich den grössten Teil meiner Forschungen zwischen 2014 und 2016 durchführte. Stellen wir uns der Einfachheit halber vor, dass es sich um eine «für Schwarze reservierte Verwaltungseinheit» handelt, die durch den belgischen Kolonialstaat gegründet und in den 1950er Jahren unter dem Zehnjahresplan 1949 bis 1950 entwickelt wurde. Zu diesen für «die Einheimischen» gebauten Quartieren gehörte im Allgemeinen eine Krankenstation, eine Schule, einige durch die Kolonialbehörde autorisierte Getränke-Kioske für die «schwarze Bevölkerung», ein oder zwei Polizeiposten, eine Hand-

voll Verkaufsläden, eine Kirche, manchmal ein Markt sowie die Wohnhäuser, die zunächst aus Lehmziegeln und Stroh erbaut, später mit Zement verfestigt und durch einige Erd-, selten gepflasterte Straßen verbunden wurden. Die Stromzufuhr war relativ primitiv aber funktional, und Trinkwasser lieferten Quartier-Brunnen, die erst von privaten Kontrahenten eingerichtet und gegen Ende der 1950er Jahre durch ein neues staatliches Unternehmen (REGIEDESO) übernommen wurden.

Die Spuren dieser Einrichtungen sind in bestimmten Quartieren immerhin noch sichtbar. Hier haben Quartierchefs, Personal der Stadtdienste, Polizisten und Sekretäre ihre Schalter in alten Kolonialgebäuden, während andere mangels öffentlicher Investitionen, ihre Kundschaft in privaten Gebäuden, bei einem Kollegen oder in einem überhitzen Metallcontainer empfangen. Indem wir uns diesen Typ einer Quartier-Geographie vor Augen führen, erhalten wir einen ersten Schlüssel, um das Alltagsleben mittels Patronatsbeziehungen und informeller Wirtschaft zu verstehen.

Beamte im Quartier

Solches spielt sich ausserhalb der fehlenden Programme des Staates ab. Die Wasser- und Stromversorgung, die Straßen und die Schulen sind seit Langem vernachlässigt. Sie werden lediglich durch die Bastelein einiger unternehmerischer Mitbewohner aufrecht erhalten, durch eine Glaubensgemeinschaft, die im Quartier aktiv ist und neue Anhänger sucht, oder durch lokale oder internationale NGOs, die auf Rechnung von internationalen Organisationen arbeiten. Darüber hinaus macht die Polizei nicht etwa ihre Arbeit, sondern schürt ein beständiges Gefühl der Unsicherheit durch erfundene Abgaben und durch von Verkehrspolizisten und anderen parasitären Beamten organisierte Erpressungen. Das Personal des Katasters verbringt seine Zeit damit, Parzellen illegal an passende Kunden zu verkaufen, die Lehrerschaft wird nicht entlohnt, und den schlecht ausgerüsteten Kliniken mangelt es sowohl an qualifiziertem Personal wie an Medikamenten.

Auf den ersten Blick leistet diese Art von Bericht eine relativ exakte Diagnose der Verwaltung der öffentlichen Dienste. Ein eher anthropologischer Blick hingegen erlaubt uns, zwischen diesen Mängeln des Staates andere Beziehungsdynamiken zu erkennen, deren Wirkungen nuancierter sind als die der Raubwirtschaft, die in der Demokratischen Republik Kongo am Werk ist.

Auch wenn die Sachwalter und Sachwalterinnen des Staates häufig eine geringe Entschädigung in natura oder Geld für sich einbehalten, so dienen sie doch im Falle einer Panne, eines Schadens oder von unbezahlten Rechnungen als Ansprechpersonen und Mittler zwischen den Bewohnern und der REGIEDESO. Diese Verhandlungen werden meist nicht von privaten Akteuren der Zivilgesellschaft geführt, sondern von anerkannten Staatsdienern. Dasselbe gilt für die Errichtung und den Unterhalt bestimmter Infrastrukturen wie zum Beispiel der Elektrizitätsleitungen. Bekannt für die Korruption und Inkompetenz ihrer Angestellten ist die Compagnie Nationale d'Electricité du Congo (SNEL), eine der meist-verachteten öffentlichen Amtsstellen. Gleichzeitig arbeiten die Beamten der städtischen Dienste, der



Obwohl staatliche Institutionen zum Teil kaum mehr als solche erkannt werden können, sind sie nach wie vor ein wichtiger Bezugspunkt für die Bevölkerung (Bild: Stéphanie Perazzone 2015).

urbanen Planung und der Wohnungsverwaltung, deren Mandat ebenfalls wenig respektiert wird, in informeller Weise mit den Technikern und Kadern der SNEL sowie Vertretern der Gemeinde zusammen. Als Mitglieder von spontanen Komitees, zu denen sie auch finanziell beitragen, verhandeln sie gemeinsam die Installation von elektrischen Anlagen in einer Strasse, die schliesslich Dutzenden von Haushalten nützen, welche zuvor keinen Zugang zu Strom hatten.

Der informalisierte Staat

Während diese Praktiken sich gänzlich ausserhalb jeder administrativer Kontrolle des kongolesischen Staates zu entwickeln scheinen, werden zahlreiche dieser Effekte im Nachhinein real formalisiert durch Bewilligung, Bezahlung, Registrierung und Dokumentation. Obwohl ausbeuterische Praktiken bei diesen Vorgängen mit im Spiel sind, sind sie grundsätzlich weder räuberisch noch nutzlos.

Unser Quartier bietet manche weitere Gelegenheit, solche Praktiken zu beobachten und zu analysieren. Bezüglich der Primarschulen zeigt eine Studie von Tom de Herdt und Krisof Titeca zum Beispiel, dass trotz eines mittellosen Erziehungsministeriums und des alarmierenden Zuwachs der privaten Einrichtungen (manche unter Vertrag, andere unreguliert und illegal) der Staat weiterhin eine wichtige Rolle spielt im nationalen Erziehungssektor. Er perpetuiert den öffentlichen Charakter des Erziehungswesens allein über die Verhandlung von Gebühren und den Beamtenstatus der Lehrerschaft (obwohl deren Salär weitgehend durch die Eltern der Schüler und Glaubensgemeinschaften subventioniert werden muss) – und dank dem allgemeinen Bedürfnis, ein imaginäres Kollektiv und den öffentlichen Charakter des Erziehungswesens hoch zu halten.

Obwohl die beobachteten Praktiken zum Teil für die Schwächung des Rechtsstaates verantwortlich sind, helfen sie, die gesellschaftliche Autorität des Staates und schliesslich auch seine regulatorische Rolle in der sozialen Organisation der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Auch wenn hier zahllose ergänzende Beispiele aufgezeigt werden könnten, wenden wir uns einigen Praktiken zu, die dies besonders konkret darstellen: den Vermittlungs- und Schlichtungsverfahren zwischen kleinen Quartiers-Beamten und lokalen Bewohnern. Die

«Chefs de quartier», «Chefs de rue» oder «Chefs de cellule», die Polizeibeamten und weiteres Verwaltungspersonal der Gemeinde instrumentalisieren die Macht, die ihnen als Staatsbeamten zugestanden wird, keineswegs immer zu egoistischen Zwecken. Viele von ihnen engagieren sich für das Leben im Quartier und das seiner Bewohner, sei es um den eigenen Status zu heben, die Autorität des Staates über andere Instanzen zu manifestieren, oder um die Möglichkeiten friedlichen Zusammenlebens zwischen Nachbarn, Familien und Haushalten zu fördern. Im Falle von Familienzerwürfnissen, von Zwisten zwischen Nachbarn oder gar Staatsbeamten können auf diese Weise viele Probleme (z.B. bei Erbschaften, Gewalttätigkeiten, Missverständnissen, Diebstählen von Geld oder Eigentum) gütlich geregelt werden. Bei der Schlichtung werden formelles und informelles Vorgehen bunt gemischt. Viel eher als einen Hilferuf an private Personen der Zivilgesellschaft (z.B. Priester, Älteste oder Honoratioren) zu richten, wenden sich viele Kongolesen an Beamte des öffentlichen Dienstes, welche die höchste Autorität verkörpern: nämlich jene des Staates.

Unverzichtbarer Bezug

Dafür gibt es mehrere Erklärungen. Zwei davon treten in aktuellen Betrachtungen über den postkolonialen afrikanischen Staat nicht immer hervor. Einmal haben die Staatsbeamten die Mittel, Schlichtungen, die eine Vereinbarung zwischen mehreren Parteien herbeiführen, zu legalisieren und damit zu legitimieren. Obwohl die Verhandlungen fast immer informell verlaufen, werden sie doch systematisch dokumentiert, in Protokollen vermerkt, abgestempelt und in staatlichen Registern erfasst, so dass die Beteiligten sicher sein können, dass eine staatlich anerkannte Spur besteht und damit die Möglichkeit, darauf zu rekurrieren. In einer zweiten Hinsicht tragen viele Kongolesen und Kongolesinnen, trotz ihrer prekären und paradoxen Beziehung zum Staat, weiterhin zum Machterhalt der staatlichen Verwaltung bei (kollektiv und systematisch), selbst wenn sie deren Wirksamkeit kritisieren: Die ideelle Dimension des Staates als öffentliche Autorität, die die Aufgabe hat, die Gesellschaft zu organisieren und zu kontrollieren, bleibt unverwüstlich. ■

Stéphanie Perazzone ist Postdoc am Global Studies Institute der Universität Genf. Der Beitrag basiert auf ihrer Doktorarbeit, die sie am Graduate Institute Geneva verfasst hat.
Kontakt:
stéphanie.perazzone@graduateinstitute.ch.

Dr. Denis Mukwege

Friedensnobelpreisträger aus dem Ostkongo

Nobelpreisträger aus Entwicklungsländern sind immer noch eine Seltenheit. Das liegt nicht nur daran, dass die Mittel für Spitzenforschung und die internationale Aufmerksamkeit für andere grosse Leistungen fehlen. Sind diese jedoch unübersehbar, wird gleichzeitig die andere Ausrichtung dieser Leistungen sichtbar: In Kontexten von schwachen oder gar zerfallenden Staaten mit mangelhaften bis fehlenden Verwaltungsstrukturen kann es einzelnen Persönlichkeiten gelingen, wenig formelle Netzwerke von Tausenden von Menschen für ein Ziel zu mobilisieren und damit fehlende Institutionen zu ersetzen. Der Arzt Denis Mukwege, dem Boniface Mabanza hier Ehre zollt, gehört zweifellos in diese Kategorie.

8

In den letzten fünf Jahren war sein Name immer wieder unter den Favoriten für den Friedensnobelpreis. Die Forderung nach der Ehrung für den Gynäkologen vom Panzi-Krankenhaus in Bukavu wurde im Laufe der Jahre immer intensiver: Weltweit hat sich eine Fan-Gemeinde gebildet, die seine Arbeit verfolgt und der Meinung war und ist, dass es nur wenige Menschen auf der Welt gibt, die diese höchste Auszeichnung für den Einsatz für Frieden und Völkerverständigung mehr verdienen als Denis Mukwege. Zu seinem grossen Bekanntheitsgrad weltweit haben die zahlreichen Preise beigetragen, die er vor dem Friedensnobelpreis erhalten hat: Menschenrechtspreis der Vereinten Nationen 2008, Right Livelihood Award 2013, Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments 2014, Jacques Chirac Preis 2013, Olof-Palme-Preis, Seoul Peace Preis, König-Baudouin-Preis, Freedom from Want Award, Wallenberg Medal usw. ... All diese Preise, genauer deren Verleihung, nahm er immer zum Anlass, um den Stimmen der Opfer von sexualisierter Gewalt Ausdruck zur verleihen.

es folgerichtig, dass er im Jahr 2018, dem Jahr der #MeToo-Bewegung, welche weltweit den Blick auf eine «negative Maskulinität» lenkt, zusammen mit der Jesidin Nadia Murad den Friedensnobelpreis erhält. Diese tapfere Frau war selbst zu einer Sexsklavin der ISIS-Miliz reduziert worden. Sie konnte sich befreien und setzt sich heute auch gegen sexualisierte Gewalt ein.

Kriege haben Ursachen

Im Kontext der DRC, in dem Dr. Mukwege lebt und überwiegend arbeitet, ist die oben erwähnte Strategie der Zerstörung von Gemeinschaften durch sexualisierte Gewalt gegen Frauen eng verbunden mit starken politischen und ökonomischen Interessen, allen voran mit dem Zugang zu und Handel mit mineralischen Ressourcen wie Gold, Diamanten, Kobalt und vor allem Coltan. Besonders die letzten zwei Ressourcen haben im Zeitalter der Elektronik stark an Bedeutung gewonnen. Auf diese Zusammenhänge zwischen Krieg und Kontrolle sowie Kommerzialisierung wertvoller Ressourcen hat Dr. Mukwege in den letzten 20 Jahren unermüdlich aufmerksam gemacht. Es ist sein Herzensanliegen, nicht nur die Auswirkungen zu mindern und Heilung der Symptome zu erreichen, sondern auch Aufklärungsarbeit bezüglich der Ursachen der sexualisierten Gewalt zu betreiben. In seiner viel kommentierten, starken Rede anlässlich der Nobelpreisverleihung am 10. November 2018 hob er diese Problematik der Rohstoffbeschaffung durch Gewalt besonders hervor: «Mein Name ist Denis Mukwege», sagte er. «Ich komme aus einem der reichsten Länder der Welt. Doch die Menschen in meinem Land gehören zu den Ärmsten der Welt. Die beunruhigende Realität ist, dass der Überfluss an natürlichen Ressourcen – Gold, Coltan, Kobalt und anderen strategischen Mineralien – die Ursache für Krieg, extreme Gewalt und bittere Armut ist. Wir lieben schöne Autos, Schmuck und Gadgets. Ich habe selbst ein Smartphone. Diese Gegenstände enthalten Mineralien, die in unserem Land oft unter unmenschlichen Bedingungen von kleinen Kindern, den Opfern von Einschüchterung und sexueller Gewalt, abgebaut werden. Wenn Sie Ihr Elektroauto fahren, Ihr Smartphone benutzen oder Ihren Schmuck bewundern, nehmen Sie sich eine Minute Zeit, um über die menschlichen Kosten der Herstellung dieser Objekte nachzudenken. Als Verbraucher sollten wir zumindest darauf bestehen, dass diese Produkte unter Wahrung der Menschenwürde hergestellt werden. Die Augen vor dieser Tragödie zu verschliessen heisst, sich mitschuldig machen. Nicht nur die Gewalttäter sind für ihre Verbrechen verantwortlich, sondern auch diejenigen, die sich dafür entscheiden, in eine andere Richtung zu schauen.»

Der Gynäkologe Denis Mukwege wurde 2018 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (Bild: Pinault, VOA Afrique 2013).

Kriegswaffe Vergewaltigung

Denis Mukwege wandelte sich im Laufe der Jahre vom einfachen Gynäkologen und Geburtshelfer, der er ursprünglich war, zu einem der bekanntesten Professoren und Ärzte weltweit, die «Frauen reparieren», und zu einem der renommiertesten Aktivisten gegen die «Kriegswaffe Vergewaltigung». Diese wird dazu eingesetzt, Frauen und über sie ihre ganzen Gemeinschaften zu zerstören, eine Wirklichkeit, die Dr. Mukwege im Osten der DR Kongo seit 1996 tagtäglich erlebt. So ist



Das Risiko der Wahrheit

In seinen Reden in den letzten 20 Jahren hat Dr. Mukwege angesichts der Tragödie im Kongo keine der Akteursgruppen geschont, nicht einmal diejenigen, die ihm seine vielen Preise verliehen. Er erinnert sie immer wieder daran und tat es auch in Oslo, dass diese Preise keinen Sinn machen, wenn diejenigen, die sie stiften, sich nicht dafür engagieren, die sexualisierte Gewalt zu beenden und die Opfer weltweit zu entschädigen. Er kritisierte das Versagen der Vereinten Nationen, der sogenannten Internationalen Gemeinschaft, genauso wie die Komplizenschaft der kongolesischen Regierung. Mit letzterer ging er in Oslo zu Recht besonders hart ins Gericht: «Mein Land wird systematisch geplündert unter Mitschuld von Menschen, die behaupten, unsere Führer zu sein. Es wird geplündert für deren Macht, deren Reichtum und deren Herrlichkeit, geplündert auf Kosten von Millionen unschuldiger Männer, Frauen und Kinder, die in extremer Armut gelassen werden, während die Gewinne aus unseren Mineralien in den Taschen einer räuberischen Oligarchie landen. Seit 20 Jahren sehe ich Tag für Tag im Krankenhaus von Panzi die schrecklichen Folgen dieser schwerwiegenden schlechten Regierungsführung des Landes.»

liess daraufhin das Land, um sich vom Schock zu erholen, spielte sogar mit der Idee, im Ausland zu leben, beschloss nach ein paar Monaten jedoch zurück zu kehren. Wie er später erklärte, vermisste er seine Patientinnen, die ihn brauchten. Seitdem hat er sein Haus verlassen müssen und lebt in einem Appartement, das innerhalb des Panzi-Krankenhauses eingerichtet wurde. Zusätzlich steht er unter Schutz der UN-Mission im Kongo. Entsprechend war es zu erwarten, dass sich in Oslo bei der Preisverleihung kein kongolesischer Offizieller blicken liess. Im Gegenteil: das kongolesische Staatsfernsehen machte wegen seiner kritischen Ansprache in Oslo Stimmung gegen ihn. Umso mehr wurde er von der kongolesischen Diaspora in Europa, den USA und Kanada unterstützt und gefeiert. Mehr als 1000 Kongolesinnen und Kongolesen hatten sich auf den Weg nach Oslo gemacht. Die meisten konnten sich die Zeremonie im Rathaus von Oslo nur auf Leinwand angucken, aber alle waren stolz, dabei zu sein und dieses Ereignis hautnah zu erleben. Am Abend ergab sich die Gelegenheit, bei der Gala-Veranstaltung Dr. Mukwege, Mitgliedern seiner Delegation aus Bukavu und Akteuren der kongolesischen Diaspora, zuzuhören. «Unser Schicksal in unsere eigenen Hände nehmen», so konnte Dr. Mukweges Botschaft an die kongolesische



Ein Treffen von Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt wurden im Rahmen eines USAID-Projekts in Süd-Kivu (Bild: L. Werchick, USAID).

Mit solchen Stellungnahmen lebt Dr. Mukwege gefährlich im eigenen Land. Die aktuelle kongolesische Regierung sieht ihn als Feind und versuchte 2015, sein Krankenhaus zu schliessen, indem die Steuerbehörde des Landes 40 000 Dollar pro Monat an Steuern plus Nachzahlungen für mehrere Jahre eintreiben wollte. Diese politische Manipulation konnte dank der Mobilisierung aus aller Welt abgewendet werden. 2012 entkam er in seiner Residenz in Bukavu nur knapp einem Anschlag, dem sein Leibwächter zum Opfer fiel. Er ver-

Gemeinschaft zusammengefasst werden. Eine der Rednerinnen an diesem Abend brachte die Gefühlslage der meisten Anwesenden auf den Punkt: «Dr. Mukwege ist für den Kongo und Afrika eine wichtige Persönlichkeit in der jetzigen Phase unserer Geschichte. Durch diesen Preis heute erhalten die Opfer sexualisierter Gewalt eine besondere Aufmerksamkeit. Seine Energie überträgt sich auf uns alle. Wir wollen uns für einen besseren Kongo, für ein besseres Afrika und für eine bessere Welt engagieren. Wir sind sehr stolz auf ihn.» ■

Boniface Mabanza ist promovierter Literaturwissenschaftler, Philosoph und Theologe und stammt aus Kimbongo (DRC). Er arbeitet seit 2008 bei der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg. Kontakt: boniface.mabanza@woek.de.

Afrika in Kürze

10

Mozambique

Die Credit Suisse kommt unter Druck

Ende Dezember 2018 wurde der ehemalige mosambikanische Finanzminister Manuel Chang auf Betreiben des US-Justizdepartements in Südafrika festgenommen. Kurz danach wurden drei ehemalige Investmentbanker der Credit Suisse in London verhaftet. Die Anklage wirft ihnen sowie dem Verkaufsmanager des Konzerns Privinvest, Boustani, ein gemeinsames Komplott zum Zweck der Korruption, Geldwäsche und des Wertpapierbetrugs vor. Dabei setzte man weniger auf Rendite der Investitionen in eine Fischerei- und Küstenschutzflotte als auf den Geldsegen, der aufgrund der Erdgasfunde vor der mosambikanischen Küste erwartet wurde. Die Deliktsumme beträgt 200 Millionen, also «nur» ein Zehntel der Gesamtsumme von insgesamt zwei Milliarden US-Dollar verdeckter Kredite. Gemäss der Anklage ging es den Beschuldigten von Anfang an um den Zugriff auf Schmiergelder.

Die Credit Suisse gibt sich als Opfer krimineller Handlungen von Mitarbeitern ihrer Londoner Filiale. Die US-Klage hält dem entgegen, dass die drei Banker im Rahmen ihrer hochrangigen Stellung handelten. Wie konnten sie trotz der hohen Summen, die auf dem Spiel standen, die internen Regelwerke (Compliance) der Bank immer wieder aushebeln? Hat die Bank damit nicht auf fahrlässige Weise ihre Sorgfaltspflicht verletzt? Fragen stellen sich auch bezüglich des Umgangs der Credit Suisse mit dem Betrugfall nach dessen Bekanntwerden. Warum hat sie keine Strafanzeige gegen die ehemaligen Mitarbeiter erhoben? ▀

Zimbabwe

Demokratie oder chinesischer Weg?

Emmerson Mnangagwa von der Regierungspartei Zanu-PF gewann im Juni 2018 die Wahlen äusserst knapp mit 50,6 Prozent der Stimmen. Die vom unterlegenen Oppositionskandidaten Nelson Chamisa (MDC) eingereichte Wahlbeschwerde wurde in einem landesweit übertragenen und kommentierten Gerichtsverfahren abgewiesen. Chamisa anerkennt das Gerichtsurteil nicht und behauptet nach wie vor, um den Wahlsieg betrogen worden zu sein.

International würde das kaum beachtet, wäre da nicht das militärische Durchgreifen auf eine Demonstration Unzufriedener nach den Wahlen gewesen, das sechs Tote hinterliess – und den Westen bei den Sanktionen und geringer Kreditbereitschaft auch gegenüber der neuen Regierung verharren liess.

Seit der Absetzung Mugabes hofft die Bevölkerung auf eine Erholung der Wirtschaft, die seit dem Jahr 2000 (mit einem Unterbruch während der Einheitsregierung von 2008 bis 2013) auf Tauchfahrt ist. Mnangagwa betonte nach der Machtübernahme, das Land sei offen für Geschäfte und Investitionen. Die Regierung blieb nicht untätig und organisierte Konferenzen mit möglichen Investoren wie den Private Investors for Africa mit Sitz in Brüssel, die alle grösseren europäischen Firmen als Mitglieder zählen, und verabschiedete ein grosses Investitionsprogramm von 5,3 Milliarden US-Dollar. Auch wurde die Importkontrolle aufgehoben. Messbare Resultate liessen jedoch auf sich warten. Im Inland wie im Ausland ist klar geworden, dass immer noch das alte System des Nepotismus und der Korruption herrscht.

Nachdem die Regierung in höchster Liquiditäts-Not den Benzinpriis um 200 Prozent erhöhte, brachen in mehreren Städten Unruhen aus, weil die Transportpreise dermassen anstiegen, dass die Angestellten den Weg zum Arbeitsort nicht mehr bezahlen können. Erneut schlugen Armee und Polizei mit einer Gewalt zu, die selbst zu Mugabes Zeiten selten erreicht wurde: Zwölf Tote, an die 1000 Verhaftungen, Vergewaltigungen und unzählige Verwundete aufgrund

von Schlägen, Gummi-Geschossen und scharfer Munition. Mnangagwa war ausser Landes. Zurückgekehrt, ordnete er eine Untersuchung der Gewalt an. Doch zehn Tage später trat er gemeinsam mit Vizepräsident Chiwenga vor die Presse und hiess das Vorgehen der Armee gut.

Die Regierung ist auf der Suche nach neuen Entwicklungsmodellen. Mnangagwa hatte schon immer eine grosse Nähe zu China. Und so erstaunt es nicht, dass die Regierung seit einiger Zeit grosses Interesse am chinesischen Weg zeigt. Eine Delegation mit 25 Mitgliedern wurde im November 2018 nach China geschickt, um das chinesische Modell vertieft zu studieren. In den Zeitungen wurde hervorgehoben, dass der chinesische Weg auf Zentralisierung beruhe, die Partei über dem Staat stehe und die Entwicklungsziele vorgebe.

Gesundheitswesen vor dem Zusammenbruch

Seit Anfang Dezember streikt die junge Ärzteschaft wegen schlechter Arbeitsbedingungen: Der Lohn ist miserabel, es gibt in den Spitäler praktisch kein Verbrauchsmaterial wie Handschuhe, Spritzen oder Verbandsmaterial und keine Medikamente. Weiter kritisieren die Ärztinnen, dass frühere Zusagen für Lohnverbesserungen nicht eingehalten wurden. Die Regierung trat in diesem Konflikt bis jetzt nicht sehr professionell auf und operierte mit falschen Zahlen. So behauptete sie, die Ärzte würden 2000 US-Dollar verdienen, obwohl die Jüngeren unter ihnen nur deren 329 (!) in Bondnoten erhalten! In der Zwischenzeit hat sich die ältere Ärzteschaft dem Streik angeschlossen und auch das Pflegepersonal droht mit Streik. Im Gegenzug hat die Regierung die streikenden Ärztinnen entlassen und versucht, als Ersatz Studierende der Medizin zu rekrutieren. Die Verhandlungen sind Ende Dezember festgefahren, das Ende ist offen.

Gewalt gegen Zivilgesellschaft

Das Afrika-Komitee hat eine Medienmitteilung verfasst:
<https://tinyurl.com/Medienmitteilung-Zimbabwe-WEF>. ▀

DRC**Demokratie im Kongo**

Da war der unermüdliche Druck von der Strasse, die Leidensbereitschaft der Bürger – diese wussten wohl, dass ihre Demonstrationen für den Rücktritt von Joseph Kabila sie das Leben kosten könnten. Mit blinder Repression hatte dessen Regime zwei Jahre lang versucht, die verfassungswidrige Ausdehnung der Amtszeiten des Präsidenten zu erhalten. Der Druck bewegte allen voran die Kirchen dazu, vehement für Verfassung und Demokratie einzustehen. Ihnen folgten die Ermahnungen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und weiterer Akteure, die es Kabila schliesslich verunmöglichten, Neuwahlen weiter hinauszuschieben. Mit der Nicht-Zu-lasung von zwei höchst populären Kandidaten (M. Katumbi und J. Bemba) aufgrund teilweise fingierter Anklagen, verbesserte die Regierungspartei ihre Chancen, einen Kandidaten ihrer Wahl durchsetzen zu können. Die Allianz aller Oppositionsparteien, die sich anfänglich auf einen Kandidaten mit guten Kenntnissen in der Wirtschaftswelt geeint hatten (M. Fayulu) zerbrach aufgrund des Ausscherens von Felix Tshisekedi, dem Sohn des langjährigen Opponenten Kabillas. Auch dies konnte die Regierungspartei beruhigen.

Dass schliesslich erst am 30. Dezember 2018 und in drei Gebieten gar nicht gewählt werden konnte und ein gutes Viertel der Wähler von der Stimmabgabe ausgeschlossen war, wurde ohne grössere Proteste akzeptiert. (Es handelte sich um von Ebola wie von Milizen bedrohte Gebiete und eine in einem lokalen Bürgerkrieg verstrickte Region). Hingegen wurden bei den Wahlcomputern neue Tricks zur Wahlfälschung befürchtet. 46 Prozent der Registrierten schafften es schliesslich, an dem von Störungen geprägten Wahltag ihre Stimme abzugeben. Eine verlängerte Frist zur Auszählung weckte bei Kirchen und internationalen Beobachtern erneut Misstrauen – alle fürchteten den Ausbruch blutiger Unruhen. Mit der Ankündigung von Tshisekedis Sieg mussten Kabila und die Regierungspartei zwar ihre Niederlage öffentlich machen – doch den Zweifeln, welche die Kirchen und verschiedene

europäische Regierungen aufgrund der Wahlbeobachtung anmeldeten, folgten schliesslich weder Afrikanische Union noch das Oberste Gericht. Im Land wird vermutet, dass diesem Resultat erneut eine höchst raffinierte Manipulation zugrunde liegt, und dass Kabila und seine Truppe sich den politisch unbedarften Tshisekedi verpflichtet haben könnten. Dessen begeisterte Wähler bilden nun praktisch eine Erweiterung der Hausmacht Kabillas, was Proteste der (wahrscheinlich) Betrogenen zu Kämpfen gegen Tshisekedis Anhänger ausweiten könnte – ein Risiko, das Kirche und Fayulus Partei erkannt haben. Wenig beachtet blieb dabei, dass auch das Parlament erneut mehrheitlich mit Kabila-Anhängern besetzt ist, was die von Kabila persönlich erwähnte Möglichkeit seiner Rückkehr an die Macht 2023 stützt. Nach kurzem Zögern gratulierten mehre afrikanische Präsidenten dem Neugewählten, die Afrikanische Union zog nach und die Vereinigten Staaten hoffen auf eine gute Zusammenarbeit. ■

Äthiopien und Eritrea**Offene Grenze und Rückzug der äthiopischen Armee**

Zwei Vorkommisse dominierten die Entwicklung am Horn von Afrika über die letzten drei Monate: Eritrea und Äthiopien schlossen einen Friedensvertrag und die Vereinten Nationen hoben die gegen Eritrea verhängten Sanktionen auf. Beides ist zu begrüssen und wird am Horn von Afrika einen Entwicklungsschub begünstigen.

Nachdem im Juni 2018 der neue äthiopische Ministerpräsident Ahmed Abiy angekündigt hat, den Entscheid des internationalen Schiedsgerichts zur Grenzziehung anzunehmen, haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern dramatisch gewandelt. Im September wurde ein Friedensvertrag geschlossen, der dem seit 20 Jahren herrschenden Kriegszustand ein Ende bereitet.

Die Grenze zwischen Eritrea und der nordäthiopischen Provinz Tigray ist offen und kann frei passiert werden. Zwischen den beiden Hauptstädten Asmara und Addis Abeba besteht eine tägliche Flugverbindung; die Ethiopian Airlines haben sich mit 20 Prozent an der Eritrean Airlines beteiligt. Im Dezember 2018 hat die äthiopische Armee mit dem Rückzug der Truppen von der Grenze zu Eritrea begonnen. Äthiopische Schiffe legen in Massawa an und transportieren Kupfer und Zink, das in der Bisha-Mine gewonnen wird. Die Dynamik ist nach wie vor ungebrochen.

Auf eritreischer Seite ist der Truppenrückzug noch nicht erfolgt. Eritrea ist daran, einen Demobilisierungsplan auszuarbeiten, mit welchem den Truppenangehörigen die Rückkehr ins Zivilleben erleichtert werden soll.

Einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen geben unsere Dokumentationen:

- A New Aera. Ethiopia–Eritrea in Peace (Aug. 2018)
 - Horn of Africa. A Region of Changes and Challenges (Okt. 2018)
 - Ethiopia and Eritrea: Peace Treaty and End of UN-Sanctions (Dez. 2018)
- Online verfügbar auf www.afrikakomitee.ch/eritrea-aethiopien. ■

Somaliland: Das Warten auf Erdöl und Anerkennung

Friede und Stabilität am Horn von Afrika

1991 hat Somaliland die Vereinigung mit Somalia aufgekündigt und sich unabhängig erklärt. Während Somalia als gescheiterter Staat gilt, ist weitgehend unbeachtet vor der Weltöffentlichkeit in Somaliland ein Staat aufgebaut worden, in welchem die Regierung durch Wahlen an die Macht kam, Meinungsfreiheit gewährleistet ist, und dessen Bevölkerung seit nahezu 30 Jahren Frieden kennt. Hans-Ulrich Stauffer und Gertrud Baud haben das Land besucht.

Das Protektorat «Britisch Somaliland» wurde am 26.Juni 1960 in die Unabhängigkeit entlassen und von mehreren Dutzend Staaten wie auch der UNO völkerrechtlich anerkannt. Am 30.Juni 1960 endete die italienische Verwaltung über das UN-Treuhandgebiet Somalia, der früheren italienischen Kolonie Somalia. Geleitet von einem pan-somalischen Nationalismus schlossen sich beide Staaten am 1.Juli 1960 mit der Absicht zusammen, auch die weiteren, von Somalis bewohnten Gebiete, nämlich Französisch Somaliland (Djibouti), den äthiopischen Ogaden und Nordkenya in einem einzigen Staat zusammenzufassen.

Doch der Zusammenschluss stand von Beginn an unter einem schlechten Stern. Der von Somalilands Parlament verabschiedete Vereinigungsvertrag wurde im Süden umgeschrieben, und das somalische Parlament verabschiedete eine Vorlage, die sich in wesentlichen Punkten unterschied und zudem in italienischer Sprache abgefasst war. So wurden von den beiden Parteien unterschiedliche Verträge genehmigt, aber kein gemeinsamer Staatsvertrag. Das gemeinsame somalische Parlament verabschiedete schliesslich 1961 einen solchen Vertrag, welcher rückwirkend ab 1.Juli 1960 gelten sollte. Doch dieser Vertrag fand im Referendum in Somaliland keine Zustimmung. Beide Teilstaaten lebten somit ohne gültigen schriftlichen Staatsvertrag zusammen.

In einem unblutigen Militärputsch kam 1969 General Siad Barre an die Macht. Er verfolgte die frühere gross-somalische Idee weiter und griff 1977 Äthiopien im Ogaden an. Doch der Feldzug geriet zum Fiasco. Zunehmende Repression und ein Ausschluss der nördlichen Clans von der politischen Macht führte 1981 zur Gründung des «Somali National Movement» (SNM), welches im Wesentlichen von Angehörigen des Isaq-Clans getragen wurde. Das erklärte Ziel: Die Lösung von Somalia und die Konstituierung eines eigenen Staates Somaliland.

In den 1980er Jahren verschärften sich die Widersprüche zwischen den verschiedenen politischen Akteuren und den staatstragenden Clans. Somalia zerfiel als Staat, das Land geriet in einen Bürgerkrieg. Gegen die mittlerweile militärisch geführten Unabhängigkeitsbestrebungen Somalilands setzte Barre seine Armee ein. Hargeisa, die Hauptstadt Somalilands, wurde 1988 zu 90 Prozent zerstört. Burao, die zweitgrösste Stadt, geriet unter Artilleriebeschuss und wurde ebenfalls weitgehend zerstört.

Zweite Unabhängigkeit 1991

Im Mai 1991 kamen in Burao das Zentralkomitee des Somali Nation Movement und 89 weitere, von den fünf nordsomalischen Regionen gewählte Älteste zur «Grand Conference of the Northern People» nach dem Vorbild der traditionellen Clantreffen (Shir) zusammen. Wichtigster Diskussionspunkt war die Frage der nationalen Unabhängigkeit. Am 18.Juni 1991 verkündete Adirahman Ahmed Ali «Tuur», der Vorsitzende des Somali National Movement, dass die Konferenz beschlossen habe, das Recht auf Selbstbestimmung auszuüben und sich von Somalia zu trennen. Dieser Beschluss kam nach kontrovers geführten Debatten zustande und erfolgte nicht einstimmig. Die grauenhaften Erfahrungen durch die Bombardierungen von Hargeisa und Burao waren ausschlaggebende Argumente für den Bruch mit Somalia. Mittlerweile sind nahezu dreissig Jahre seit der Verkündung der Unabhängigkeit vergangen, Jahrzehnte, in denen Somaliland in Frieden und Stabilität lebte. Hargeisa ist als Hauptstadt wiederaufgebaut und eine bescheidene, aber doch sichtbare Entwicklung hat stattgefunden. War dies möglich wegen oder trotz der internationalen Isolation des Landes? Denn bis heute ist Somaliland von keinem anderen Staat der Welt diplomatisch anerkannt worden.

Dies hat weniger völkerrechtliche als realpolitische Gründe. Völkerrechtlich weist Somaliland alle Attribute auf, die einen Staat ausmachen: ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk, eine Verwaltung und die Fähigkeit, mit anderen Staaten in Verbindung zu treten. Doch am vierten Kriterium hapert es: Die internationale Gemeinschaft erkennt das Land nicht an. Es scheint, als befürchte man, dass mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Somalilands ein Beispiel für andere schwelende Konflikte gesetzt würde, beispielsweise für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Casamance von Senegal, der Ogoni von Nigeria oder Cabindas von Angola. Somalia seinerseits, dessen international anerkannte Regierung heute knapp die Hälfte der Hauptstadt Mogadischu kontrolliert, während der Rest des Landes aber unter der Herrschaft von Warlords und der al-Shabaab-Miliz steht, macht geltend, die UNO wie auch die Afrikanische Union würde die Unverletzbarkeit der Grenzen garantieren. Der springende Punkt: Somaliland will in den kolonialen, britischen Grenzen unabhängig sein, Somalia in den Grenzen des vereinigten Staates weiterträumen.

Verschiedene Staaten unterhalten jedoch auch ohne formelle Anerkennung diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen. So gibt es in Hargeisa diplomatische Vertretungen von Djibouti, Kenya, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei sowie Verbindungsbüros anderer Staaten. Zahlreiche UNO-Unterorganisationen sind vor Ort vertreten. Umgekehrt verfügt Somaliland über verschiedene Missionen im Ausland, und der Reisepass Somalilands wird von verschiedenen Staaten, darunter auch Grossbritannien, als Reisedokument anerkannt. Pragmatisch ist das Verhältnis zwischen Somaliland und Äthiopien. Dieses arbeitet eng mit Somaliland zusammen und unterhält in Hargeisa auch eine diplomatische Vertretung. Über den Hafen von Berbera wird der Güterverkehr mit dem äthiopischen Ogaden

abgewickelt. Andererseits unterstützen äthiopische Truppen Puntland und Somalia im Kampf gegen die radikalislamistische al-Shabaab-Miliz. Äthiopien setzt damit auf zwei Pferde. Äthiopiens Interesse ist sicherzustellen, dass jemand Ost-Somaliland kontrolliert, damit der Ogaden nicht durch al-Shabaab-Milizen infiltriert wird.

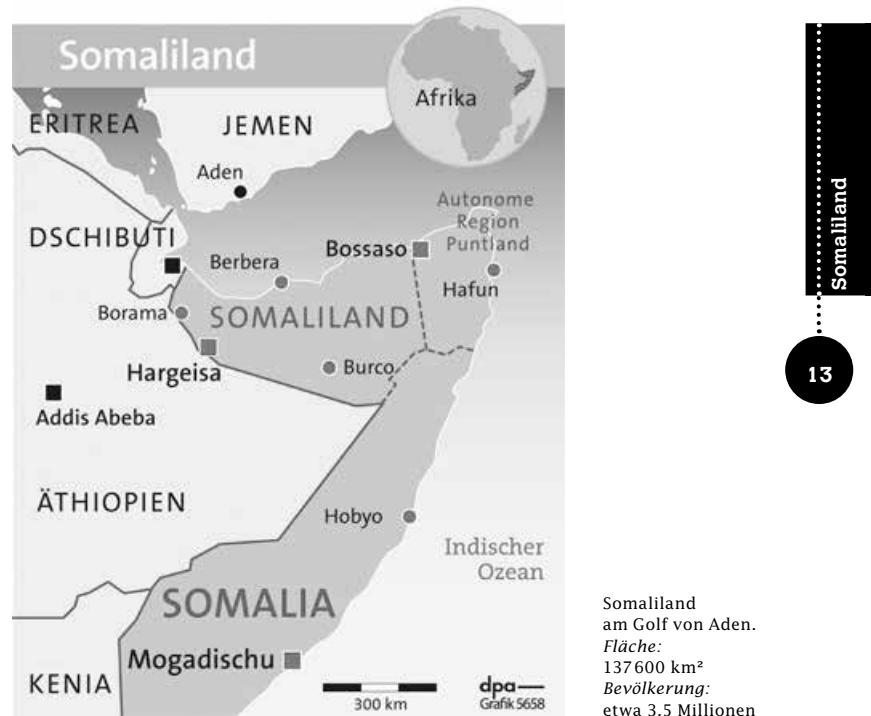
Wirtschaftliches Überleben

Die Abhängigkeit des Landes von der Viehzucht und in geringerem Ausmass vom Ackerbau ist augenfällig. Die Reise in den Westen und in den Osten zeigt zwei unterschiedliche Welten. In der Provinz Wokooyi Galged im Westen gibt es am meisten Niederschläge, hier lässt sich Ackerbau betreiben. Die Strasse nach Gebiley und Boroma führt durch grünes Landwirtschaftsland. Der Boden ist offensichtlich fruchtbar. Beidseits der Strasse liegen Sorghum- und Maisfelder. Die kleinen Äcker werden meist mit einfachen Pflügen, die oft noch von Ochsen gezogen werden, bestellt. Traktoren mit Pflügen sind nur selten zu sehen. Mit einem Anteil von 70 Prozent ist Sorghum das Hauptgetreide, Mais folgt mit 25 Prozent. Kleinere Äcker sind mit Tomaten und Peperoni bebaut. Ab und an gibt es Felder mit Obstbäumen: Mangos, Avocados, Orangen und Zitronen. Doch nur drei Prozent der gesamten Fläche Somalilands werden heute für den Ackerbau genutzt, maximal sieben Prozent könnten es sein.

Anders sieht es im zentralen Landesteil und im Osten von Somaliland aus, wo wenig Regen fällt. Viehzucht ist hier die Lebensgrundlage. Schon wenige Kilometer ausserhalb der Hauptstadt Hargeisa ziehen nomadisierende Hirten mit ihren Ziegen, Schafen und Kamelen über Land. Der Viehbestand wird auf 18,5 Millionen Stück geschätzt, Schafe und Ziegen machen je etwa acht Millionen aus, dazu kommen anderthalb Millionen Kamele und 400 000 Kühe und Rinder. Zwei Drittel der nationalen Wirtschaftsleistung stammen aus der Viehzucht. Die Dürre von 2016/2017 traf die Viehzüchter hart. Anderthalb Millionen Tiere verendeten. Selbst Kamele, die bis zu sechs Wochen ohne Wasseraufnahme überleben können, konnten der Trockenheit nicht mehr standhalten. 400 000 Kamele verendeten – ein Viertel des Bestandes!

Vom Süden und Osten, ja sogar aus Äthiopien, ziehen die Viehzüchter mit ihren Herden nach Hargeisa und Burao. Im August ist der Höhepunkt: rechtzeitig zum Pilgermonat Hadj benötigt Saudiarabien Unmenigen an Schaffleisch. Jährlich werden bis zu zwei Millionen Ziegen und Schafe gehandelt, 100 000 Kühe und 65 000 Kamele, jetzt sind es pro Tag 30 000 Schafe und Ziegen. Die Viehzüchter verkaufen an Händler. Die Tiere werden auf grossen Lastwagen zum Hafen von Berbera gefahren, von wo aus sie dann per Schiff nach Saudiarabien gelangen.

Für die Ausfuhr wird pro Tier eine Steuer von zehn Dollar erhoben. Damit werden rund 85 Prozent der Deviseneinnahmen generiert. Weitere Einnahmen kommen durch den Export von Häuten und Fellen zustande – und durch den Import von Khat. Dieses wird täglich von Äthiopien eingeführt. Die Zollstatistik weist eine monatliche Einfuhr von 20 Tonnen aus.

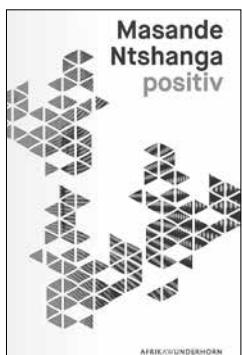


Erdöl als Hoffnung

Somaliland wäre eigentlich kein armes Land, vielmehr ist es reich an Bodenschätzen. Gold- und Eisenervorkommen sind bekannt, ebenso Blei, Kupfer und Zink. Daneben sind Lagerstätten von Edelsteinen dokumentiert. Abgebaut wird noch nichts. Viel schlimmer: Die grosse Zementfabrik bei Berbera, welche die Kalksteinvorkommen zu Zement verarbeitete, liegt seit dem Bürgerkrieg still und rostet vor sich hin. Der für den Aufbau benötigte Zement muss gegen teure Devisen aus dem Ausland importiert werden. Die ganz grossen Hoffnungen Somalilands liegen auf den Erdöl- und Erdgasvorkommen, die im östlichen Somaliland in den Provinzen Togdheer, Sool und Sanaag vermutet werden. Jama Mohamoud Egal, der Minister für Energie und Bodenschätze, ist zuversichtlich, bald schon Öl- und Gasvorkommen ausbeuten zu können. Für die Regierung wäre die Ölförderung der Schlüssel für die nationale Entwicklung. Erste seismische Untersuchungen wurden 2013 begonnen, mussten jedoch aufgrund des Widerstandes der lokalen Bevölkerung abgebrochen werden. Diese fürchtete um die traditionellen Weidegründe, welche seit jeher von den nomadisierenden Viehzüchtern genutzt werden. Erst 2017 kam es zu einem zweiten Anlauf, nachdem die lokale Bevölkerung in das Projekt einbezogen worden war und sich die Situation beruhigt hatte. Nun soll 2019 mit den ersten Bohrungen begonnen werden. ■

Literatur

Buchbesprechungen



Ende eines Studentinnenlebens

ef. Charlotte ist ein Stadtkind, in behüteten Verhältnissen in Accra, der Hauptstadt Ghanas, aufgewachsen. Zum Studium kommt sie in die Universitätsstadt Kumase, wo sie in einem Studentinnen-Wohnheim lebt. Sie genießt die neue Freiheit in vollen Zügen, kocht, tratscht und lernt zusammen mit ihren Kolleginnen, feiert Partys und ist fasziniert von den luxuriösen Verhältnissen, in denen ihr Verehrer Asare, ein Ölhändler, lebt.

Während der Semesterferien putscht sich Jerry Rawlings zum zweiten Mal an die Macht. Die Universitäten werden geschlossen, die Studentinnen zur Kakaoernte einberufen. Zurück in Kumasi beginnt Charlotte sich in der Studentenpolitik zu engagieren, gemeinsam mit ihrem Freund Banahene wird sie in die Leitung der Studentenorganisation gewählt. Aufmerksam beobachtet sie die Veränderungen nach dem Putsch: der Politikprofessor, der plötzlich auf einen Regierungsposten berufen wird, die Kommilitonen, die ihren Diskurs ändern. Charlotte ist angesichts der sich vollziehenden politischen Umbrüche schockiert von der Banalität der Studentenpolitik: «Ich dachte, wir verändern die Welt. Stattdessen haken wir einen blöden Antrag nach dem andern ab.»

Als jedoch drei kritische Richter vom neuen Regime entführt und so zum Schweigen gebracht werden, ist klar, dass gegen diese totalitären Massnahmen Alutas, friedliche, aber lautstarke Demonstrationen der Studierenden, angesagt sind. Charlotte engagiert sich dabei aus Überzeugung. Als eine der Anführerinnen identifiziert, wird sie bald darauf von der Staats sicherheit entführt, verhört und vergewaltigt. Bald darauf stellt sie fest, dass sie schwanger ist. Kurz zuvor hatte sie das erste

Mal mit Banahane geschlafen. Sie lässt das Kind, dessen Empfängnis irgendwo zwischen Liebe und Gewalt lag, unter der Obhut der Nonnen zurück, die sie in ihrem Kloster aufgenommen haben. Aus der lebenslustigen Studentin ist eine junge Frau geworden, die fürs Leben gezeichnet ist. Aus dem Radio erfährt sie, dass gegen Asare ein Schnellgericht tagt und er mit der Todesstrafe rechnen muss, Banahane und andere ihrer Freunde haben sich ins Ausland in Sicherheit gebracht. Das wird wohl auch für sie der einzige Ausweg sein. ■

Adwoe Badoe: *Aluta*. Wuppertal 2018 (Peter Hammer).

Erwachsenwerden in Nordnigeria

bm. Dantala, der junge Ich-Erzähler des Romans, wird als kleiner Junge von seinem Vater in eine weit von Zuhause entfernte Koranschule gesteckt. Dort wird er oft geschlagen und lernt trotzdem arabisch lesen und schreiben. Als sein Vater das Schulgeld nicht mehr aufbringen kann, landet der Junge in einer Straßengang, die von Lokalpolitikern zu Gewalttaten angestiftet wird. Unter den Fittichen eines gemässigten Imans findet er ein neues Zuhause in einer Moschee, wo er im gleichaltrigen Jibril auch einen Freund gewinnt, der ihn Englisch lehrt. Dantala, jetzt Ahmed genannt, beobachtet seine Umgebung mit offenen Augen. Er konstatiert die um sich greifenden Feindseligkeiten zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimgemeinschaften, den wachsenden Einfluss des polarisierenden Islamismus, die korrupten Klientelsysteme sowie die Feindschaft zwischen dem vom christlichen Süden dominierten nigerianischen Staat und der Bevölkerung im Norden. Trotz dieser oft bedrohlichen Umgebung begeistert sich der Heranwachsende für die sich ihm erschließende Welt der Bücher

und der Sprache, die von den Salafisten als haram verteuft wird. Dem ursprünglich zum Juristen ausgebildeten Autor Elnathan John, der auch als Comicautor und Kabarettist aktiv ist, ist mit seinem ersten Roman die subtile Entwicklungsgeschichte eines Jungen im heutigen von religiösen Spannungen zerrissenen Norden Nigerias gelungen. ■

Elnathan John: *An einem Freitag geboren*. Heidelberg 2017 (Afrika Wunderhorn).

Post-Apartheid Südafrika

eb. Komm heim, fleht der Onkel. Aber Nathi reagiert nicht auf seine SMS. Er und seine Freunde schmeissen lieber nach dem Aufstehen gegen 12 Uhr Schmerztabletten ein. Nachmittags schnüffeln sie Farbverdünner, nehmen noch mehr Pillen. Abends fahren sie zu einer Künstler-Party, wo sie sich mit Gras und viel Merlot den Rest geben. Das Trio lässt sich im Drogenrausch tage- und nächtelang durch Kapstadt treiben.

Es könnte genauso gut Berlin, London oder Edinburgh sein. Es ist ein Kniff des Autors, dass im ersten Teil seines Debütromans fast nichts mehr an die Schrecken der Apartheid, das Elend der Schwarzen und den Befreiungskampf erinnert. Die Mittzwanziger Nathi, Cecilia und Ruan haben eigene Wohnungen, Handys und Internet. Nathi jobbt in einer Videothek, er hat studiert. Die Ex-Kunststudentin Cecilia arbeitet in einer Kindertagesstätte. Ich-Erzähler Nathi verliert kein Wort mehr über die Hautfarbe und über Politik schon gar nicht.

Seine Erzählung kreist um ein damaliges südafrikanisches Tabuthema: Er hat sich bei seiner Arbeit als Laborassistent mit dem HIV-Virus infiziert. Mit der Abfindung für diesen Unfall hat er eine Krankenversicherung abgeschlossen, die seine antiviralen Medikamente zahlt. Lakonisch bezeichnet er sich, als «der, der sterben soll.» Mit den Freunden

Literatur und Musik

Buchbesprechungen

Neue CDs

beredet er, was er mit seinem «Restleben» anfangen soll. Ansonsten versucht er, nicht an das Thema zu denken. Zugedröhnt klappt das besser als nüchtern.

Nathi verkauft seine Medikamente, um Khat und andere Drogen zu besorgen. Die Abnehmer finden er und seine Freunde bei inoffiziellen HIV-Gruppentreffen. Der Roman verweist auf ein dunkles Kapitel nach der Befreiung des Landes: Präsident Thabo Mbeki leugnete von 1999 bis 2008 kategorisch den Zusammenhang zwischen HIV und Aids mit verheerenden Folgen für die Betroffenen.

Nathi quälen andere Schuldgefühle. Vor zehn Jahren zwang seine Familie seinen schwulen Bruder, den 17-jährigen Luthando, sich der Beschneidung zu unterziehen. Die Xhosa-Familie wollte ihn mit dem archaischen Ritual «von einer Schwuchtel zum Mann machen.» Er infizierte sich aber beim unhygienischen Eingriff und starb.

«Positiv» ist ein dichter Roman über Mittzwanziger, die nach dem Ende der Apartheid erwachsen wurden. Sie gehören zu einer entwurzelten, desillusionierten Generation. Der Befreiungskampf ist vorbei, der Turbokapitalismus für sie kein Versprechen. Andrerseits haben sie sich von der Familie und den afrikanischen Traditionen abgewandt.

Der 1986 in East London geborene Autor gehört dieser Generation an. Eine Stärke des Romans ist seine Sprache. Nathi erzählt lässig, präzise und gelegentlich poetisch. Unklar bleiben jedoch die Motive, die Nathi im letzten Kapitel zu seinem Onkel in ein Township am Stadtrand zurückführen. Dort haust er im Container und hilft in einem Kiosk aus. Er erzählt niemanden von der Infektion, fühlt sich aber aufgehoben in der Gemeinschaft. Es geht ihm zunehmend besser. ■

Masande Ntshanga: Positiv. Deutsch von Maria Hummitzsch. Heidelberg 2018 (Wunderhorn).



Thabang Tabane: Matjale

Schon der Vater von Thabang Tabale war ein wichtiger, eigenständiger und konsequenter Musiker. Philip Tabane, Gründer der südafrikanischen Band Malombo, starb letztes Jahr im Alter von 84 Jahren. Seine spezielle Musik, ein Gemisch aus traditioneller Rhythmus, traditionellen Instrumenten, wie den Malombo-Trommeln, wurde durchsetzt mit jazzigen Einflüssen, Improvisation und einem tiefen Elektro-gitarrensound. Eine Art psychedelische Township-Musik, aufgebaut auf Tradition und Moderne. Eine Musik weit weg von einem weichgespülten Afro-Pop. Auch in der Schweiz gab Philip Tabane mit seinen Malombo Jazzmen in den 1980er Jahren ein paar eindrückliche Konzerte.

Nun ist Thabang Tabane mit einer schönen Platte an die Öffentlichkeit getreten. Matjale bringt erneut Malombo-Musik. Hypnotisch, tranceartig – Township-Gnawa. Während Vater Philip hauptsächlich Gitarre und Flöte spielte, manchmal auch sang, bedient Thabang Tabane in erster Linie die klassischen Malombo-Trommeln zusammen mit an-

deren Perkussionsinstrumenten, begleitet mit seiner guten Stimme. In der Venda-Sprache steht Malombo für (Ahnen-) Geister. Unterstützt wird Tabane von exzellenten Musikern, wie dem Perkussionisten Dennis Moanganei Magagula, dem Sound-Macher und Gitarristen Sibusile Xaba und dem Bassisten Thulani Ntuli. Dabei ist ein kleines Meisterwerk entstanden. Frei eingespielt zu Hause und teilweise live. Die Platte sprüht von grosser Spielfreude und kommt sehr bewegt und kraftvoll daher. Eine gekonnte Weiterführung von Malombo – pan-afrikanischer, dramatischer und mit einer berührenden Klarheit. Die früher stets zu hörenden Flötentöne (Pennywhistle) fehlen. Dafür spielt die Stimme, der Gesang eine nicht unwesentliche Rolle. Das Spontane, Experimentelle dringt immer wieder durch.

Und man spürt die Erfahrung und Kreativität der Musiker. Obwohl mit vielen Wassern gewaschen, bringen sie etwas Eigenständiges und Nicht-Verbogenes rüber. Eine schöne musikalische Überraschung. ■

Die Besprechung verfasste Pius Frey.
Bezugsadresse für CDs:
Buchhandlung
Comedia,
Katharinengasse 20,
9004 St. Gallen.
medien@comedia-sg.ch.
www.comedia-sg.ch,
mit umfassendem
Angebot aktueller CDs
mit Musik aus Afrika.

Thabang Tabane: Matjale.
10 Tracks. Mushroom Hour
Half Hour Rec. 2018.

Philip Tabane & His Malombo
Jazzmen: Man Phily.
11 Tracks. Popular African
Music. 1986.

Der Rohstoffhandel muss zur Transparenz verpflichtet werden

bm. Ende November 2018 veröffentlichte der Bundesrat den seit langem erwarteten Bericht zum Rohstoffhandelsplatz Schweiz. Dieser folgt auf den Grundsatzbericht von 2013, der angesichts der grossen wirtschaftlichen Bedeutung dieses Sektors Handlungsbedarf feststellte. Dort stand nämlich: es fehle an grundlegenden Daten und es bestehe ein Reputationsrisiko für die Schweiz. Der neue Bericht enthält eine detaillierte Auslegerordnung des bestehenden internationalen Regelwerkes, der entsprechenden Empfehlungen von UNO und OECD und er wiederholt die vom Bundesrat schon mehrmals geäusserte, etwas treuherzig anmutende «Erwartung, dass die in der Schweiz ansässigen Unternehmen die Menschenrechte respektieren». Insbesondere verweist der über 60 Seiten starke Bericht auf die vom SECO wenige Tage vorher veröffentlichte «Guidance on Implementing the UN Guiding Principles on Business and Human Rights», welche den Sektor bei der Umsetzung der Empfehlungen unterstützen soll. Die Schweiz sieht abgesehen von freiwilligen Massnahmen keine Not-

wendigkeit für eine Regulierung des Rohstoffhandels – trotz der vielen Skandale, die in den letzten Jahren gerade diesen Wirtschaftssektor in die Schlagzeilen brachten (Petrobras, Gunvor). Auch im revidierten Aktienrecht will der Bundesrat die vorgeschlagene Transparenzpflicht für Rohstoffproduzenten (die Zahlungen an Regierungen offenlegen sollen) ausdrücklich nicht auf den Handel ausdehnen. Dieses Geschäft wird im Frühjahr vom Ständerat behandelt. Das Credo des Bundesrates lautet – in Übereinstimmung mit den betroffenen Unternehmen: keine verbindlichen Regeln. Folgerichtig wird die von Ecuador und Südafrika eingebrachte Initiative für verbindliche Abkommen (Binding Treaty Initiative) im UNO-Menschenrechtsrat, der Sanktionen gegen fehlbare Unternehmen vorsieht, von der Schweiz abgelehnt. Dabei wäre eine solche Regelung universell anwendbar und würde Firmen mit Sitz in der Schweiz nicht benachteiligen.

Diese höchst aktuellen Fragen diskutierte die Tagung «The Copper Value Chain: Life in Zambia, the Swiss Commodity Hub, and Responsible Business» am 8. Dezember 2018 in Basel (vgl. Afrika-Bulletin Nr. 172) anhand des Beispiels des sambischen Kupferexports und dessen Auswirkungen auf das Land und dessen Bevölkerung. Die an der Tagung präsentierten Forschungsergebnisse, die aus dem Projekt «Valueworks» hervorgingen, legten die Dominanz von Schweizer Handelsunternehmen im sambischen Kupfergeschäft offen und unterstrichen damit die Verantwortung der Schweiz für Transparenz und faire Bedingungen. Die aus Zambia angereisten Aktivistinnen und Aktivisten legten dar, wie wenig die lokale Bevölkerung an der Wertschöpfungskette des Kupfers teilhat, bzw. welche Beeinträchtigungen für ihre Gesundheit und die Umwelt aus dem Kupferabbau resultieren.

Am 10. Dezember 2018 fand im Genfer Maison de la Paix eine Diskussionsrunde statt über «Life Along the Copper Value Chain: The Swiss Commodity Trading Hub and its Impact on the Global South». Mit James Nicholson, Corporate Social Responsibility Officer von Trafigura, war ein Vertreter des Genfer Rohstoffhandels dabei, der viel von freiwilliger Selbstverpflichtung und neu entdecktem Verantwortungsgefühl redete, aber auf die Forderung nach verbindlichen Regeln und mehr Transparenz mit Drohungen reagierte. Am Folgetag wurde das Forschungsprojekt Valueworks im Palais des Nations mit einem Symposium abgeschlossen. Dieses stellte fest, dass sich die innovative Zusammenarbeit zwischen Forschenden und Nichtregierungsorganisationen als sehr fruchtbar erwiesen hatte. Es fehle jedoch noch sehr viel Wissen über Funktionsweise und Geschäftsdaten des Sektors und weitere Forschung in Verbindung mit Advocacy sei nötig.

LeserInnenservice

Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 172: Schweizer Transithandel und Zambia
- Afrika-Bulletin 171: Illicit Financial Flow
- Afrika-Bulletin 170: Literatur schreibt Geschichte neu
- Afrika-Bulletin 169: Unabhängige Justiz – ein Paradox?
- Afrika-Bulletin 168: Rohstoffreichtum – Segen oder Fluch?
- Afrika-Bulletin 167: Afrikanisches Kino – Chancen und Herausforderungen

Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 50.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 30.–/Euro 30.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 50.–/Euro 40.–)

Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2016
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name

Strasse

PLZ/Ort